

# Die finanzierung des wohlfahrtsstaats - eine kleine ortsbestimmung an hand der theoriegeschichte

Citation for published version (APA):

Backhaus, J. G. (1989). *Die finanzierung des wohlfahrtsstaats - eine kleine ortsbestimmung an hand der theoriegeschichte*. Maastricht University. <https://doi.org/10.26481/spe.19891110jb>

## Document status and date:

Published: 10/11/1989

## DOI:

[10.26481/spe.19891110jb](https://doi.org/10.26481/spe.19891110jb)

## Document Version:

Publisher's PDF, also known as Version of record

## Please check the document version of this publication:

- A submitted manuscript is the version of the article upon submission and before peer-review. There can be important differences between the submitted version and the official published version of record. People interested in the research are advised to contact the author for the final version of the publication, or visit the DOI to the publisher's website.
- The final author version and the galley proof are versions of the publication after peer review.
- The final published version features the final layout of the paper including the volume, issue and page numbers.

[Link to publication](#)

## General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal.

If the publication is distributed under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license above, please follow below link for the End User Agreement:

[www.umlib.nl/taverne-license](http://www.umlib.nl/taverne-license)

## Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us at:

[repository@maastrichtuniversity.nl](mailto:repository@maastrichtuniversity.nl)

providing details and we will investigate your claim.

Download date: 05 May. 2023

**DIE FINANZIERUNG DES WOHLFAHRTSSTAATS**  
**Eine kleine Ortsbestimmung an Hand der Theoriegeschichte**

**von**

**Professor Dr. Jürgen G. Backhaus**

**Maastricht, den 10. November 1989**

Diese Ausgabe ist nicht für den Buchhandel bestimmt. Bezug nur durch  
Überweisung von DM 5,- auf das Konto der Gemeinnützigen Gesellschaft  
für Staats- und Sozial-Wissenschaftliche Forschungen mbH in  
Talheim/Neckar, Postgiroamt Stuttgart, Kontonummer 4802-706.

# Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaats

## Eine kleine Ortsbestimmung an Hand der Theoriegeschichte <sup>1</sup>

### Zur Einführung

- I. Die naturrechtlichen Vorstellungen vom Wohlfahrtsstaat
- II. Die Kameralisten
- III. Die Physiokraten
- IV. Schuldenpolitik, öffentliches Bankwesen und die öffentliche Hand als Unternehmer
- V. Schlussfolgerung

### Zur Einführung

Wer sich vor die Aufgabe gestellt sieht, sein Lehramt als erster anzutreten, dazu noch an einer neuerrichteten Fakultät, die ihr Bestehen einem besonderen Auftrag verdankt, hat allen Anlass, sich die Frage vorzulegen, wie der Auftrag am besten in Forschung und Lehre zu verwirklichen sei. Dies gilt ganz besonders, wenn, wie in meinem Fall, der Lehrauftrag umfassend beschrieben ist, das Fach über eine mehrhundertjährige Tradition verfügt, sodass unterschiedliche Wege eingeschlagen werden können, und die äusseren Bedingungen es nahelegen, Finanzwissenschaft im Hinblick auf Anwendungen in einem entwickelten Wohlfahrtsstaat zu betreiben, der nicht allein den grössten Teil, sondern weit mehr als die Hälfte des gesamten Sozialprodukts direkt verausgabt und auch die Verwendung des übrigen Volkseinkommens in vielfältiger Weise beeinflusst.<sup>2</sup> Als weiterer Ausgangspunkt dieser Überlegungen kommt noch hinzu, dass die Gründungsväter dieser Fakultät besonderen Wert darauf legten, die verschiedenen wirtschaftswissen-

---

<sup>1</sup> Öffentliche Vorlesung, die der Verfasser anlässlich des Antritts des Amtes eines ordentlichen Professors der Finanzwissenschaften an der Reichsuniversität Limburg am 10. November 1989 im Maastricht gehalten hat. Der Vortragsstil wurde beibehalten.

<sup>2</sup> Die Grafik (vergleiche Seite 2 des niederländischen Textes) zeigt, dass die Niederlande und Schweden an der Spitze der entwickelten Staaten mit hohen Staats(ausgaben)quoten stehen, während die Schweiz (vergleiche die Tabelle auf Seite 3 des niederländischen Textes) und Japan mit halb so grossen Staatsausgaben Beispiele für einen anderen Wirtschaftsstil abgeben. Auf die Schweiz wird hier vor allem deshalb verwiesen, weil sie mit ihrer geschichtlichen Entwicklung in der westlichen Tradition steht und ihren Bürgern zweifellos ein hohes Wohlfahrtsniveau garantiert.

schaftlichen Disziplinen, vor allem die Volkswirtschaftslehre und die Betriebswirtschaftslehre, in Forschung und Lehre so weit wie möglich zusammenzuführen und Wirtschaftswissenschaftler für Forschung, Lehre und Praxis auszubilden, die an Hand von Problemen lernend praktische Fragen in der Wirklichkeit ihres späteren Berufs auch sinnvoll zu lösen in der Lage sind.

Diese Randbedingungen bestimmen den Aufbau des Vortrags. Als Ausgangspunkt wähle ich die erste für unser Fach wirksame wissenschaftliche Bestimmung einer Lehre des Wohlfahrtsstaates, zeige, wie sie zu einer praktischen Finanzwissenschaft ausgebaut werden konnte, und verfolge den weiteren Entwicklungsgang der Finanzwissenschaften an Hand zweier wichtiger staatlicher Politikinstrumente, die nach und nach hinzukamen: der Akzise als besonderer Steuerform und des staatlichen Bank- und Unternehmenswesens. Damit sind zwei Eckpfeiler der Finanzierung des modernen Wohlfahrtsstaates bereits benannt, die die Praxis entwickelt hat. Aber auch die Theorie hat auf das Fach einen grossen Einfluss ausgeübt. An Hand eines Beispiels, der Physiokraten, zeige ich, welche Möglichkeiten und Probleme sich ergeben, wenn man ein theoretisch geschlossenes Modell auf die Praxis der Staatsfinanzen anwenden will. Schliesslich bespreche ich noch die Frage, welche Stränge in der vielfältigen Tradition der Finanzwissenschaften für das Fach besonders vielversprechend sind, wenn sich der Finanzwissenschaftler in der Praxis des modernen Wohlfahrtsstaates mit seinen vielfältigen Aufgaben und Problemen bewähren muss.

#### Die naturrechtlichen Vorstellungen vom Wohlfahrtsstaat

Die naturrechtliche Begründung des modernen Wohlfahrtsstaates und gleichzeitig die Begründung der Staatslehre verdanken wir Christian (Freiherr von) Wolff (1679-1754). Seit 1707 Professor der Mathematik, Philosophie und Naturlehre in Halle, gelang es Wolff, im Wege seiner streng mathematisch demonstrativen Methode auf der Leibnizschen Philosophie aufbauend diese um den sittlich praktischen Teil systematisch zu erweitern und so die Grundlagen für die moderne Finanzwissenschaft zu legen. Dazu bedurfte es zunächst des Nachweises, dass eine Staatswissenschaft mit praktischen Anwendungen überhaupt möglich sein könne. Wir können diesen Beweis hier überspringen und uns gleich seiner praktischen Aufgabenstellung an den Staatswissenschaftler zuwenden. Sie

beschreibt noch heute zutreffend die praktische Tätigkeit des Finanzwissenschaftlers, und findet sich noch wörtlich zum Beispiel in den Aufgabenstellungen der Rechnungshöfe.

§ 4. Nachdem es nun bekannt ist, dass die Erwegung der Staatsgeschäfte nichts unmögliches sey (...): so gebühret es sich nun dieselbige in etwas genauer zu betrachten. So oft man wegen der Staatsgeschäfte zu Rath gehet, so kommen zweyerley Fragen vor. Die eine Art derselbigen betrifft das Recht, ob man nemlich eine Befugniß zu etwas habe, und es ohne dem Rechte eines anderen zu nahe zu treten thun könne oder nicht; die andere betrifft den Nutzen ob es nemlich einen Vortheil bringe, dergleichen zu thun oder nicht.<sup>3</sup>

Neben der Rechtmässigkeit einer Massnahme ist vor allem die Zweckmässigkeit, die ökonomische Nützlichkeit oder Effizienz zu prüfen.

Interessanterweise begegnen wir derselben Zweiteilung ebenfalls in der modernsten Finanzwissenschaft, wo neben Fragen der allokativen Effizienz zunehmend Fragen der Verteilungsgerechtigkeit (equity) eine Rolle spielen, die abgelöst von der konkreten Rechtsordnung erörtert werden. Daraus ergibt sich die Gefahr eines Konflikts zwischen der tatsächlich vorgefundenen Rechtsordnung und jenen der Wohlfahrtstheorie entlehnten Gerechtigkeitsvorstellungen, wenn die Ergebnisse der finanzwissenschaftlichen Arbeit praktisch umgesetzt werden sollen. Wolff geht auf dieses Problem direkt ein, indem er auf die Zusammengehörigkeit der juristischen und ökonomischen Analyse für die Zwecke der Wirtschaftspolitik pocht:

Es müssen demnach diejenigen, welchen die Sorge für die Staatsgeschäfte aufgetragen ist, zwey Tugenden vor anderen besitzen; nemlich die Gerechtigkeit und Klugheit. Jene haben sie nöthig damit sie nichts so thun verlangen noch dazu rathen dass man etwas thue, wenn es nicht gerecht ist, und damit sie vor der Ungerechtigkeit einen Abscheu haben: Diese aber wird dazu erfordert, damit sie keinen Schaden anrichten, indem sie Nutzen schaffen wollen

---

<sup>3</sup> Christian Freiherr von Wolff, "Von einer Erwegung der Staatsgeschäfte". In: Gesammelte kleine philosophische Schriften. Halle: Renger, 1740, S. 372-373.

(ebenda).

Der grosse Erfolg, dessen sich die ökonomische Rechtsanalyse in den letzten Jahren erfreut, beruht auf der Wiedervereinigung dieser beiden Aspekte in der politisch-ökonomischen Analyse.

Auf die Notwendigkeit, den akademischen Unterricht an den praktischen Problemen zu orientieren, weist Wolff uns ebenso hin wie darauf, dass die vorhandenen Lehrbücher unter diesem Aspekt kritisch zu gebrauchen sind.<sup>4</sup>

Mann lehret ja die Staatskunst in keiner andern Absicht, als damit mann lerne, was dem Staat zuträglich seye, und demnach dazu nützlich seye, den Staatsgeschäften klüglich vorzustehen. Ohnerachtet nun diejenige Staatskunst, welche gemeiniglich in den Schulen gelehret wird, solchen gar wenig nützlich ist, welche mit einer Staatsklugheit versehen seyn müssen: so kan man jedoch nicht in Abrede seyn, dass in den Büchern verschiedener Schriftsteller, welchen man ihr Lob nicht nehmen kan, manches vorkommet, was dabei nützlich ist, wenn man einen Lehrbegriff aufsetzen will.<sup>5</sup>

Schliesslich finden wir noch den wesentlichen Hinweis, dass man neben der Theorie auch deren Anwendung lernen müsse (§ 10), und dass eine bestimmte theoretische Erwägung kaum sinnvoll angewandt werden könne, wenn man nicht die konkreten Umstände dieser Anwendung ebenfalls ausführlich mitberücksichtigt (ebenda).

Soweit Wolffs Methode. Und was sagt er zu den Inhalten? Wir finden die Grundlegung seiner Staatswissenschaft eingebettet in sein Staatsrecht in der zweiten Abteilung des dritten Teils seines Völkerrechts in sechs Kapiteln. Wesentlich ist die für ihn charakteristische Bestimmung des Staatszwecks als Wohlfahrtsstaat.

---

4 Beide Gesichtspunkte versuchen wir im Maastrichter Lehrsystem zu verwirklichen, indem der Unterricht problemorientiert aufgebaut wird und die Studenten ausdrücklich dazu aufgefordert werden, sich an Hand der für das Problem geeigneten wissenschaftlichen Literatur, anstelle eines vorgeschriebenen Lehrbuches, zu orientieren.

5 Wolff, 1740, S. 409.

§ 972. Wir erkennen sehr leicht, dass einzelse Häuser sich selbst dasjenige nicht hinreichend verschaffen können, was zur Nothdurft, Bequemlichkeit und dem Vergnügen, ja zur Glückseligkeit erfordert wird, noch auch ihre Rechte ruhig geniessen, und was sie von andern zu fordern haben, sicher erhalten, noch auch sich und das ihrige wider anderer Gewaltthätigkeit schützen können. Es ist also nötig, dasjenige durch gemeinschaftliche Kräfte zu erhalten, was einzelse Häuser vor sich nicht erhalten können. Und zu dem Ende müssen Gesellschaften errichtet werden (§ 836).<sup>6</sup>

Man beachte, dass Wolff nicht von Individuen, sondern von Haushalten als den kleinsten wirtschaftlichen Entscheidungseinheiten ausgeht. Was die Haushalte selbst nicht zu ihrer eigenen Wohlfahrt für sich erhalten können, wird Aufgabe des Staates. Trotzdem, und für die modernen Diskussionen rundum den Wohlfahrtsstaat nicht unwichtig, sind der Staatsgewalt wesentliche Schranken auferlegt.

§980. Da die Herrschaft in einem Staate aus seiner Absicht erlassen werden muss (§ 976, 972.); so erstreckt sie sich nicht weiter als auf die Handlungen der Bürger, welche zur Beförderung der gemeinen Wohlfahrt gehören; folglich da nur bloss in Absicht dieser Handlungen die natürliche Freyheit der einzelnen Glieder eingeschränckt wird (§ 975,77.); so bleibt sie in Ansehung der übrigen Handlungen ungekränckt.<sup>7</sup>

Die Staatsgewalt reicht nicht weiter als jenes klar umrissene Staatsziel, das seine Begrenzung in der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit der Haushalte findet. Die Hauptaufgabe des Wohlfahrtsstaates besteht dann darin, die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um die Haushalte in die Lage zu versetzen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten.

§ 1021. Auf dass was zum Leben erfordert wird hinlänglich da sey, so ist nöthig, dass die Wercke des Fleisses und der Kunst so sehr vervielfältiget werden, als es möglich ist, damit nicht diejenigen

---

<sup>6</sup> Christian Freiherr von Wolff, Grundsätze des Natur- und Völkerrechts. Halle: Renger, 1754, III, 2.1.

<sup>7</sup> Wolff, 1754, III, 2.1.



müssig gehen dürffen, welche Kräfte zum Arbeiten haben, und es denen nicht an Arbeit fehle, die Arbeiten wollen, dass dergestalt ein jeder durch seinen Fleiss und Arbeit so viel vor sich bringe, als erforderlich ist, wo nicht nützliche und zum Vergnügen gehörige, doch nothwendige Dinge anzuschaffen (§ 972.); diesem zu folge muss der Werth der Dinge und der Arbeit bestimmt, und dafür bestens gesorget werden, dass nicht die Unterthanen in Armuth und Mangel, oder gar an Bettelstab gerathen. Und eben desswegen muss man nicht gestatten, dass Theurung gemachet werde, ja so viel als es sich thun lassen will, muss man den Unterthanen Erleichterung schaffen, dass die Theurung ihnen nicht zur Last falle. Weil auch der Holtzgebrauch ungemein gross und gantz unentbehrlich ist; so muss man sorgen, dass es nicht an hinlänglichen Holtzvorrath fehle, und daferne es rar werden sollte, so muss man die Unterthanen zum räthligen Gebrauch desselben anhalten.

Das Zitat aus § 1021 zeigt, dass Wolff bereits drei moderne Ziele der Finanzpolitik betont: die Vollbeschäftigung, "Dass es denen nicht an Arbeit fehle, die Arbeiten wollen", die Preisstabilität "muss man nicht gestatten, dass Theuerung gemachet werde" und die Umweltpolitik, nachdem Raubbau die natürliche Resource Holz, das wesentliche Brenn- und Baumaterial, dramatisch verknappt hatte.

Die sozialpolitischen Aufgaben orientieren sich wiederum an dem Prinzip der Funktionsfähigkeit der Haushalte. Wo diese nicht leisten können, muss der Staat eingreifen; dann aber über das ganze Spektrum der damals bekannten Wohlfahrtseinrichtungen, von der Armen- und Sozialpflege, den Waisenhäusern, den Beschäftigungs- und Schulungsprogrammen für Arbeitslose bis hin zur kostenlosen Ausbildung der Kinder armer Eltern.

§ 1022. Das Leben gehörig hinzubringen, wird auch erfordert, dass man vor die Dürftige und Bettler besorge, was zur Nothdurft des Lebens nöthig ist, und, damit die Unterthanen nicht gar zu sehr mit Allmosengeben beschwehret werden, ist in sorgfältige Betrachtung zu ziehen, was das Naturgesetz von den Allmosen feste setzt (§ 488.seqq.). Daher sind Zuchthäuser aufzubauen, worinn diejenigen zur Arbeit angehalten werden müssen, welche, ob sie gleich Arbeiten könnten, doch lieber betteln wollen; ingleichen Armen-

häuser, worinn man die dürfftigen ernähret, die sich durch Arbeiten das nicht zu erwerben im Stande sind, was sie zur Lebensnothdurft gebrauchen, und keine Anverwandten oder Freunde haben, welche sich ihrer Bedürfnisse annehmen könnten; noch ferner Kranckenhäuser, worinn krancke Arme theils ernähret, theils geheilet werden; So auch Waysenhäuser, worinn man arme Waysen erziehet; endlich Armenschulen, in welchen man die Kinder armer Eltern umsonst in demjenigen unterrichtet, was ihnen zu wissen nöthig und nützlich ist.<sup>8</sup>

Ein derartig weitgespanntes sozialpolitisches Aufgabenprogramm führt zugleich zur Frage nach dessen Finanzierung. Wolff gibt einen ganzen Katalog der traditionellen Staatseinkünfte, und warnt sogleich, dass man mit der Erhebung von Zöllen und Steuern und der Auferlegung von Sonderabgaben "behutsam verfahren müsse", da die Steuern und Sonderabgaben den Wert der besteuerten Sache senken, die Zölle aber die Preise erhöhen, somit beide das Einkommen der Haushalte senken, (§ 1057). Die Akzisen erwähnt er noch nicht.

Wir können zusammenfassend den Schluss ziehen, dass Wolff die Staatswissenschaft bereits als eine praxisbezogene Wissenschaft systematisch begründet und sich mit dieser Wissenschaft direkt an identifizierbare, handelnde Personen wendet, denen er mit seinem wissenschaftlich begründeten praktischen Rats zur Seite stehen will.

### Die Kameralisten

Mit den Kameralisten begegnen uns die ersten systematisch arbeitenden Finanzwissenschaftler. Es wird oft vorgeschlagen, die Kameralwissenschaften in sechs Disziplinen zu unterscheiden, nämlich erstens die Privatökonomie (einschliesslich der Landwirtschaft, der Forstwirtschaft, der Technologie und der Handelswissenschaft), zweitens der Polizeiwissenschaft, die man heute Verwaltungswissenschaft nennen könnte, drittens der Kameralwissenschaft im engeren Sinne, der heutigen Finanzwissenschaft, viertens der Statistik, fünftens des Rechnungswesens und sechstens der Kameralpraxis. Hier ist vor allem die Kameralwissenschaft im engeren Sinne, also die Finanzwissenschaft von Be-

---

<sup>8</sup> Wolff, 1754, III, 2.3.

deutung, die ab 1727 mit der Errichtung der ersten wirtschaftswissenschaftlichen Professur (in Halle) im akademischen Unterricht vertreten ist. 1798 gibt es in deutschen Sprachraum bereits 23 solcher Lehrstühle, in Oxford wird der erste Lehrstuhl für politische Ökonomie im Jahre 1826 mit Nassau Senior besetzt.

Die Bedeutung der Kameralisten ersehen wir nicht allein aus diesem Faktum, sondern auch aus ihrem Namen, der andeutet, dass sie den Zugang zur Ratskammer der Regierung besaßen.<sup>9</sup> Damit ist der Adressat ihrer Lehrsysteme wieder unmittelbar bezeichnet: die auf eigene Verantwortung handelnde Regierung. Es ist aber unrichtig, die Kameralisten als die unkritischen Diener absoluter Fürsten darzustellen, die unablässig deren Schatzkammern zu füllen sich anschickten; selbst aber keine theoretisch-ökonomischen Einsichten besaßen.<sup>10</sup> Die Regierungen jener Zeit waren oft, nicht immer, - es gab eine grössere Anzahl von Republiken - absolute Fürstentümer; aber die Lehre der Kameralisten war die Wolffsche Lehre des Wohlfahrtsstaates, im Sinne jener Glückseligkeit der Staaten, von der oben die Rede war.

Kennzeichnend für die Finanzwissenschaft der Kameralisten ist, dass sie in ein sorgfältig abgestimmtes System der Wirtschaftspolitik eingebettet ist, die die Ziele des Wohlfahrtsstaates mit allen dem Staate zu Gebote stehenden Mitteln erreichen will. Man begnügt sich bei der Beurteilung einer wirtschaftspolitischen Massnahme nicht damit, die beste wirtschaftliche Massnahme zu bestimmen; oft haben auch andere, z.B. Verwaltungsmassnahmen einen wesentlichen Einfluss auf das wirtschaftliche Geschehen. Nicht die relativ bessere, sondern die absolut beste Massnahme aus dem gesamten denkbaren Katalog staatspolitischer Massnahmen ist auszuwählen:

---

<sup>9</sup> Johann Heinrich Gottlob von Justi, Staatswirtschaft oder Systematische Abhandlung aller ökonomischen und Cameralwissenschaften. Leipzig: Breitkopf, 1758, I, § 3: Den Namen der Cameralwissenschaften aber leget man ihnen deshalb bey, weil die hohen Collegia, welche der Landesherr niedergesetzt hat, um die Geschäfte der Erhaltung, der Vermehrung und des Gebrauchs des Vermögens der Republik zu besorgen, gemeiniglich Camern oder Cammercollegia genennet werden.

<sup>10</sup> So z.B. J.J. Klant, Het Ontstaan van de Staathuishoudkunde, Muiden/Antwerpen: Stenfert Kroese, 1988, Seite 90.

Man kann öfters den Maassregeln eines Regenten und seiner Minister nicht absprechen, dass sie nützlich sind und zu der Wohlfahrt des Staates gereichen. Allein so bald man erwäget wie viel nützlichere und heilsamere Anstalten, entweder gar nicht unternommen, oder doch schläfrig und nachlässig besorget werden; so fällt aller Verdienst hinweg, den man ihnen vielleicht auf den ersten Anblick bey jenen nützlichen Maassregeln zugestanden hat.<sup>11</sup>

Dieser Satz ist bezeichnend, zeigt er doch, dass Justi das gesamte Produktionspotential einer Volkswirtschaft in den Dienst des Wohlfahrtsstaates stellen will, und dabei den effizientesten Einsatz nicht nur der privaten Haushalte und Unternehmungen, der Landwirtschaft und der Gewerbe im Auge hat, sondern auch der staatlichen Organe.

Das Produktionspotential der Volkswirtschaft (er nennt es 'Vermögen') bestimmt er ausserordentlich modern. Zum Vermögen des Staates gehören alle beweglichen und unbeweglichen Güter, welche im Lande vorhanden sind, mögen sie den Untertanen gehören oder dem Staate unmittelbar zustehen. Justi rechnet dazu "auch alle Fähigkeiten und Geschicklichkeiten derer in der Republik befindlichen Personen", also das Humankapital. Die "höchste Gewalt", das heisst die optimale Wirtschaftspolitik, besteht im Gebrauch dieses gesamten Vermögens und der Kräfte des Staates.<sup>12</sup> Dieses breit definierte volkswirtschaftliche Produktionskapital steht mit dem Zweck des Wohlfahrtsstaates in einem unverbrüchlichen Zusammenhang, aus dem sich sogleich der oberste Grundsatz der kameralistischen Finanzpolitik ableitet: die Erhaltung und Vermehrung des Staatsvermögens (im oben definierten weiten Sinne).

§ 21. Es kann aber das Vermögen des Staats nicht gebraucht werden, oder wenigstens wird der Gebrauch von keiner langen Dauer seyn, wenn man nicht zugleich auf dessen Erhaltung bedacht ist. Vielmehr da die Beförderung der Glückseligkeit der grosse Endzweck aller Republiken ist: so muss der Regent das Vermögen und die Kräfte des Staats auf alle Art zu vermehren suchen.

Dass es sich bei diese Vermehrung des Staatsvermögens eben nicht darum

---

<sup>11</sup> Justi, 1758 (2), II, S. 16.

<sup>12</sup> Justi, 1758 (2), I, § 19.

handelt, die Schatzkammer zu füllen, wird kurz darauf mit aller Deutlichkeit festgestellt (§ 23). Im Gegensatz zu häufig geäußerten Missverständnissen des Kameralismus (sowie des Merkantilismus) geht es gerade nicht darum, das Gold zu horten (es sei denn, es müsse daraus zu gegebener Zeit ein Kriegsschatz zur Bezahlung von Söldnerheeren geschlagen werden), sondern das Augenmerk ist darauf gerichtet, öffentliche Infrastruktur-Investitionen und private Geschäfts- und Haushaltstätigkeit in einer optimalen Masse so aufeinander abzustimmen, dass die Produktionsmöglichkeitsgrenze der gesamten Volkswirtschaft erreicht wird.

Gerlach fasst das wesentliche in enger Anlehnung an die Originaltexte so zusammen:<sup>13</sup>

Die Staatseinkünfte müssen auf die unschädlichste Art erhoben und auf den Gewinn der Untertanen gegründet werden; die Substanz des Vermögens darf nicht angegriffen, daher darf nur ein Teil des Gewinnes den Untertanen entzogen werden. Andererseits darf der Staat auch nicht zu wenig beanspruchen: es muss "der gerechte Teil des Gewinnstes, und zwar nicht mehr, aber auch nicht weniger, zu dem bereitesten Vermögen des Staats wirklich erhoben werden; und ist es in der That eine unzeitige der Wohlfahrt des Staats gar nicht gemässe Gütigkeit der Regierung, wenn sie nicht so viel bereitestes Vermögen gründet, als die Nutzung des gesamten Vermögens der Republik auf eine unnachtheilige Art ertragen könnte. Wenn der Regent wenig Einkünfte hat, so ist es natürlich, dass er viele heilsame Anstalten zu der Wohlfahrt des Staats unterlassen muss. Wenn auch zu wenig Abgaben eingeführt sind, so nehmen dadurch viele Unterthanen Anlass, der Neigung zu der Faulheit nachzuhängen, indem viele es für eine grössere Glückseligkeit halten, nicht zu arbeiten, als Vermögen zu erwerben. Die Güter der gesamten Republik werden also nicht so genutzt, wie es seyn könnte. Überdies kommt es bei so wenig Abgaben bloss auf die Neigung eines Unterthanen an, ob er das Ersparne in dem Kasten

---

13 Otto Gerlach, "Geschichte der Finanzwissenschaft unter besonderer Berücksichtigung der Lehre vom Verhältnis zwischen Volkswirtschaft, Staat und Finanzen". In: Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert (Festschrift Gustav Schmoller), II, Leipzig: Duncker & Humblot, 1908, Kap. 38, S. 6, 7. Gerlach zitiert aus Justis Staatswirtschaft, 1758 (2).

müssig liegen oder in den Gewerben cirkulieren lassen will. Dahingegen ein weiser Regent und seine Casse gleichsam das grosse Meer ist, in welches ein grosser Teil des baren Geldes fliesst, und welches sich hinwiederum durch wohl eingerichtete Ausgaben und Regierungsanstalten über alle Teile des Nahrungsstandes ergiesst, und allenthalben einen blühenden Zustand der Gewerbe und die Cirkulation des Geldes verbreitet."

Da offensichtlich hier den Steuern auch eine volkswirtschaftliche Funktion beigemessen wird, ist wiederum der Hinweis wichtig, dass die Erhebung der Steuern auf die schonendste Art zu erfolgen hat. Dies folgt direkt aus dem Staatszweck der allgemeinen Wohlfahrt (Glückseligkeit). Der Grundsatz wird übrigens wieder radikal gehandhabt. Nicht nur soll eine bestimmte Steuer so schonend wie möglich erhoben werden; das Schonungsprinzip wird auf alle Steuern komparativ angewendet:

Allein, eine Art der Erhebung ist doch immer den Commerciën, dem Nahrungsstande und der Freyheit der Unterthanen, mithin ihrer und des Regenten gemeinschaftlichen Wohlfahrt, schädlicher, als die andere.<sup>14</sup>

Man beachte, dass Justi den Zusammenhang zwischen Bürgerfreiheit und Besteuerung sofort in die Steuergrundsätze aufnimmt. Dies ist nicht allein ein Überbleibsel aus der Wolffschen naturrechtlichen Grundlegung der Staatswissenschaften; bei Justi kommt der bürgerlichen Freiheit noch deshalb besondere Bedeutung zu, weil der kameralistische Staat stets in Konkurrenz mit anderen steht und deshalb nicht nur für seine Bürger, sondern auch für unzufriedene Bürger anderer Staaten so attraktiv wie möglich sein muss. Die Politik-Instrumente, die der Bevölkerungspolitik dienen, sind freilich nicht finanzwissenschaftlicher Art; deshalb steht bei den Kameralisten neben der Finanzwissenschaft stets die Verwaltungswissenschaft; beide sind untrennbar miteinander verbunden. Wie das Problem angepackt wird, sehen wir auch

---

<sup>14</sup> Justi, Staatswirthschaft, II, 1758, § 16.

bei Justi in dessen Policey-Wissenschaft<sup>15</sup> (Verwaltungswissenschaft), worin das zweite Buch des ersten Teils dem Problem "der Vermehrung der Einwohner" gewidmet ist. Die Einwohner sind die Träger des Humankapitals und sind deshalb für die Wirtschaftspolitik von grosser Bedeutung. Das Buch besteht aus vier Abschnitten, die konsequent vier Hauptaspekte behandeln. Voraussetzung für jedwede Bevölkerungspolitik sind verlässliche Bevölkerungsstatistiken. Ihnen ist der erste Abschnitt gewidmet. Der zweite Abschnitt enthält die allgemeinen Grundsätze der Bevölkerungspolitik, die darauf hinauslaufen, ein liberales, familienfreundliches Klima zu schaffen. "Nichts ist in der Tat der Bevölkerung so nachteilig, als eine harte und ungerechte Regierung, welche die Unterdrückerin und die Tyrannin ihres Volkes ist (Seite 206); und: "die zweite Grundregel der Regierung muss demnach sein, den Ehestand zu befördern, und denselben in Ehren zu halten. Sie muss folglich aufmerksam sein, dass keine Grundsätze, Meinungen und Neigungen im Staate Wurzel schlagen, welche den Ehestand in Verachtung bringen, oder eine Abneigung vor demselben erwecken (Seite 207)." Es folgen sehr praktische Massnahmen, z.B. die Einrichtung von staatlichen Sparkassen, um "armen Mägden" die Ersparung einer Mitgift zu ermöglichen. Der dritte Abschnitt beschäftigt sich mit der Möglichkeit, das Land zu einem Einwanderungsland auszugestalten; und der vierte damit, dem Bevölkerungsschwund vorzubeugen, einmal durch die staatliche Gesundheitsfürsorge, um der Morbidität entgegenzuwirken; zum anderen dadurch, dass kein Anlass zur Auswanderung gegeben wird. Endlich ist es ihm um den Unterhalt des Volkes zu tun, nämlich dass ausreichend Grundnahrungsmittel zur Verfügung stehen, sodass die Bevölkerung weder unter Knappheit noch zu hohen Preisen für Grundnahrungsmittel zu leiden hat.

Eine besonders wichtige finanztechnische Neuerung verdanken wir auch den Kameralisten: die Akzisen. Der Steuerpraktiker Christian Tenzel (alias Teutophilus) beschreibt deren Vorzüge bildhaft in dem ausführlichen Titel seines Buches

Entdeckte Gold-Grube in der Accise, Das ist, Kurzer jedoch

---

<sup>15</sup> Johann Heinrich Gottlob von Justi, Die Grundfeste zu der Macht und Glückseligkeit der Staaten; oder ausführliche Vorlesung der gesamten Policey-Wissenschaft. Königsberg und Leipzig: Hartung, I 1760, II 1761.

Gründlicher Bericht von der Accise, Dass dieselbe nicht allein die allerreichste, sondern auch Politeste, billigste, und nützlichste, ja eine ganz nötige collecte, und also Zwiefacher Ehrenwerth sey, Darinnen zur Genüge angeführet, Warumb die Accise in Deutschland durchgehends, und auff was Arth dieselbe Anfangs in einer Provinz oder Stadt, in deren Nachbarschaft die Accise nicht, sondern die contribution im schwange, einzuführen, In Sonderheit aber behauptet wird, dass dieselbe das rechte Fundament zu der neuesten Politique und Commerciens-Beförderung lege, Wornebst auch comparative Von der Contribution und Schätzung etwas beygefüget ist, Allen Obrigkeiten zu grossen Aufnehmen, und populirung Ihres Landes, denen Staats- und Cammer-Bedienten, zur Verminderung Ihrer Geld-Sorge, und denen Unterthanen zur Erleichterung Ihrer Last Vorgestellet.<sup>16</sup>

Die Akzise bot in der Tat eine Reihe von Vorteilen. Sie war ergiebig, wie der Ausdruck "Goldgrube" besagt. Sie war eine (im Vergleich) schonende Form der Besteuerung, die bei sinnvoller Handhabung praktisch keine negativen Angebotseffekte haben musste. Dadurch, dass messbare Konsumausgaben besteuert wurden, entfiel das bei Einkommenssteuern problematische Schätzproblem. Der politische Vorzug schliesslich bestand darin, dass die Akzisen durch die Stände nicht genehmigt werden mussten, ihre Einführung somit die Entstehung organisierter staatlicher Organe, die Entstehung des modernen Staates überhaupt, wesentlich erleichterte.

Wir können abschliessend festhalten, dass die Kameralisten bereits in systematischer Form die wesentlichen ökonomischen Schlussfolgerungen aus dem Wohlfahrtsstaatsgebot gezogen haben, und diese sowohl auf die Steuer als auch auf die Sozialpolitik im weiteren Sinne angewendet haben. Besonders eindrucksvoll ist wiederum, dass die Haushalte als kleinste produzierende Einheiten ihr besonderes Augenmerk verdienen; und dass neben einer modern anmutenden liquiditätsorientierten Finanzpolitik vor allem auch das Humankapital als Produktionsfaktor eine

---

<sup>16</sup> Zerbst: Johannes Lüderwaldt, 1685. Vergleiche auch Gustav Schmoller, Die Epochen der Preussischen Finanzpolitik, Schmollers Jahrbuch, N.F. 1, 1877 und Fritz Karl Mann, Steuerpolitische Ideale, Jena: Gustav Fischer, 1937, Nachdruck: Stuttgart, 1978 Kap. 4.



grosse Rolle spielt, die durch geeignete finanz- und sozialpolitische Massnahmen noch stimuliert wird.

### Die Physiokraten

Der Beginn der theoretischen Finanzwissenschaft wird oft bei den Physiokraten gesucht. Die aus dem Kreislaufschema (tableau économique) abgeleitete Steuerlehre (impôt unique) bietet dazu den Anlass. Die Physiokraten stellen in der Tat eine kaum zu unterschätzende Kraft für die Ausarbeitung einer theoretischen Volkswirtschaftslehre dar; wir können mit Fug und Recht davon sprechen, dass sie die erste Schule in der Volkswirtschaftslehre bildeten, der allerdings nur eine kurze Lebensdauer (von etwa zwei Jahrzehnten) beschieden war. Der eigentlich finanzwissenschaftliche Beitrag, l'impôt unique, blieb Konzept<sup>17</sup>; und doch gab es vielfältige Versuche, die Lehren der Physiokraten in finanzpolitischer Absicht umzusetzen. Ich möchte an einem Beispiel demonstrieren, zu welchen Problemen es dabei kommen konnte.

Wir hatten oben festgehalten, dass es stets darum gehen müsse, ein theoretisches Konzept auch einer praktischen Anwendung zuzuführen, und gegebenenfalls im Wege eines Experimentes die Tauglichkeit des theoretischen Konzeptes zu erproben. Erstaunlicherweise finden wir bei den Physiokraten eine deutliche Immunisierungsstrategie gegen diesen Test. Der Zusammenhang ist der folgende.

Oft wird behauptet, das tableau économique mit seinem Kreislaufschema sei eine Analogie des Blutkreislaufes, und darin bestehe die originäre Leistung des Arztes Quesnay. Nun war François Quesnay (1694-1774) zweifellos Arzt, und auf seiner Stellung als Hofarzt der Madame de Pompadour beruhte sein politischer Einfluss. Das Kreislaufschema als Analogie zur Blutzirkulation wurde freilich von Justi in die wirt-

---

<sup>17</sup> Das Aufsehen erregende Experiment Carl Friedrichs von Baden Durlach, der zwischen 1770 und 1771 in den drei Dörfern Dietlingen, Theningen und Balingen alle Abgaben durch eine einzige Grundsteuer ersetzte, schlug fehl. Das Experiment wurde 1792 entgültig abgebrochen. Vergleiche H.P. Liebel, "Enlightened Bureaucracy versus enlightened Despotism in Baden, 1750-1792". In: Transactions of the American Philosophical Society. N.S. 55, 1965, S. 40.

schaftswissenschaftliche Literatur eingeführt.<sup>18</sup> Die Analogie, die Quesnay wählte, war nicht der Blutkreislauf eines menschlichen Organismus, sondern vielmehr ist Quesnays Kreislaufbild eine Uhrenanalogie im Sinne der Kartesianischen Mechanik seiner Zeit.<sup>19</sup> Zu dieser Uhrenanalogie gehört auch die Vorstellung, dass die Uhr mit einem Schlüssel aufzuziehen sei, der Schlüssel aber nur durch Gott den Herrn zu bedienen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Kreislaufbild in eine sehr bestimmte Staatsphilosophie eingebettet war.

Dieser Umstand hatte erstaunliche Folgen, als der Markgraf Carl Friedrich von Baden Durlach sich mit der Bitte um Rat an den Marquis de Mirabeau wandte, um ihn auf folgenden Sachverhalt hinzuweisen. Das physiokratische Rezept sei auf seine Ländereien deshalb nicht anzuwenden, weil das fränkische Erbrecht zu einer fortdauernden Teilung der Ländereien führe, die diese zerstücke, sodass die Landwirtschaft zurückbleibe. Ob er, der Marquis, aus physiokratischer Sicht empfehle, das Erbrecht zu ändern.

Offensichtlich handelt es sich hier um ein einfaches rechts-ökonomisches Problem, das Carl Friedrich korrekt gestellt hatte und das in der kameralistischen Tradition selbstverständlich einer Lösung im Dienste des Wohlfahrtsstaates zugeführt worden wäre. Die Antwort des Marquis de Mirabeau allerdings lautete, dass der Markgraf nicht das Recht habe, das von Gott gegebene Erbrecht zu ändern. Das heisst, der Markgraf durfte den Schlüssel zur Uhr der Wirtschaft nicht benutzen.

#### Schuldenpolitik, öffentliches Bankwesen und die öffentliche Hand als Unternehmer

Will man die beiden einflussreichsten klassischen Werke, die die

<sup>18</sup> Vergleiche Justi, 1758, S. 259, S. 263. Den Hinweis verdanke ich Fritz Blauch, "Der Beitrag der deutschen Physiokraten für die Entwicklung der Wirtschaftswissenschaft von der Kameralistik zur Nationalökonomie". Vortrag vor dem Dogmenhistorischen Ausschuss des Vereins für Socialpolitik in Basel am 25. und 26. März 1982.

<sup>19</sup> Siehe Heinz Rieter, "Quesnays Tableau Economique als Uhren-Analogie". Erweiterte Fassung des Referats, das am 13. März 1986 in Stuttgart auf der Tagung des dogmenhistorischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik gehalten wurde. Vergleiche die Abbildungen auf Seite 20 und 21 des niederländischen Textes.

Finanzwissenschaft im vergangenen Jahrhundert bestimmten, gemeingütig festlegen, so wird man sicherlich Ricardos (1772-1823) Principles of Political Economy and Taxation (1817) und Adolph Wagners (1835-1917) Finanzwissenschaft (1883)<sup>3</sup> in die engere Wahl ziehen müssen. Der Unterschied zwischen beiden Werken könnte nicht grösser sein. Zwar versuchen beide, die Finanzwissenschaft systematisch in die Volkswirtschaftslehre ihrer Zeit einzubetten. Das wird bei Ricardo schon im Aufbau deutlich; etwa die Hälfte der zweiunddreissig Kapitel ist der Finanzwissenschaft gewidmet, aber nicht in der bei den Klassikern üblichen Form, die die Finanzwissenschaft oft als ein letztes Buch (z.B. bei Smith Buch V) an den Schluss stellte; bei Ricardo durchziehen die Steuern und Staatsschulden das gesamte Werk. Wagner dagegen trennt sorgfältig die allgemeine politische Ökonomie von der Finanzwissenschaft, um diese mit ihren besonderen Institutionen zur Geltung kommen zu lassen.

Auffallend ist auch der Umfang. Wagners vierbändige Finanzwissenschaft (in fünf Bänden) scheint sein "Gesetz der wachsenden Ausdehnung der öffentlichen Thätigkeiten" (§ 36) geradezu augenfällig zu bestätigen. Noch stärker freilich springt ins Auge, wie Wagner seine Finanzwissenschaft aufbaut. Der erste gewichtige Band beginnt mit einer Einleitung, bespricht dann die Ordnung der Finanzwissenschaft und den Finanzbedarf und geht zugleich zum Privaterwerb des Staates über, der den grössten Teil des Buches ausmacht. Die Bände zwei bis vier sind dann der Steuerlehre gewidmet. Der dem Privaterwerb gewidmete Teil bespricht zu Beginn jeweils die Grundsätze der Verstaatlichung und der Privatisierung, und geht dann auf alle öffentlichen Unternehmen ein, die mit dem Finanzbedarf des Staates im Zusammenhang stehen; in diesem Zusammenhang stossen wir auch auf die Staatsbanken und die Staatsschuldenbewirtschaftung.

Zu diesem Thema vernehmen wir bei Ricardo das folgende.

From what I have said, it must not be inferred that I consider the system of borrowing as the best calculated to defray the extraordinary expenses of the State. It is a system which tends to make us less thrifty - to blind us to our real situation ... a country which has accumulated a large debt is placed in a most artificial situation; and although the amount of taxes and the increased

price of labour, may not, and I believe does not, place it under any other disadvantage with respect to foreign countries, except the unavoidable one of paying those taxes; yet it becomes the interest of every contributor to withdraw his shoulder from the burthen, and to shift this payment from himself to another; and the temptation to remove himself and his capital to another country, where he will be exempted from such burthens, becomes at last irresistible, and overcomes the natural reluctance which every man feels to quit the place of his birth and the scene of his early associations. A country which has involved itself in the difficulties attending this artificial system would act wisely by ransoming itself from them at the sacrifice of any portion of its property which might be necessary to redeem its debt.<sup>20</sup>

Dies ist das klassische Plädoyer für die Lösung des Staatsschuldenproblems durch Privatisierung öffentlicher Vermögen.

Der kurze Überblick über Wagners Aufbau seines finanzwissenschaftlichen Lehrbuches lehrt uns, dass Ricardos Rat nicht allenthalben befolgt wurde, vielleicht, weil er nicht befolgt werden konnte. Wir erinnern uns, dass Ricardo die staatlichen Entscheidungsträger nicht zentral in die Analyse miteinbezieht. Wie in der klassischen Tradition üblich, wird der Staat vom Markt getrennt. Die Analyse folgt ausschliesslich volkswirtschaftlichen Gesetzmässigkeiten, nicht den Eigengesetzlichkeiten staatlicher Institutionen. Tatsächlich liegt zwischen den Publikationsdaten der beiden wichtigen klassischen Werke die Epoche der grossen Staatsbanken auf dem europäischen Kontinent. Die öffentliche Finanzpraxis der nach-Napoleonischen Zeit stand in vielen mitteleuropäischen Staaten in schroffstem Gegensatz zu Ricardos Empfehlungen, gerade weil das Ausmass der Staatsschulden einen Umfang angenommen hatte, der ein Privatisierungsprogramm gar nicht mehr zulies. Die Preussische Seehandlung (gegründet 1772) hatte beispielsweise 1804 gegen 4%, später 3%, ohne besondere Staatsgarantien von privater Seite beinahe 25 Millionen Taler aufgenommen, während ihre Aktiva vor allem aus Preussischen Staatspapieren bestanden, die 1806 nicht eingelöst werden konnten. Statt zu liquidieren erhielt die Bank

---

<sup>20</sup> David Ricardo, The Principles of Political Economy and Taxation. London: Dent, 1973, Kap. 17.

1810 Staatsgarantien und fungierte fortan sowohl als Staatsbank als auch als Industrieentwicklungsbank, mit Aktivitäten im staatlichen Strassenbau, im Eisenbahn und Schifffahrtswesen, im Woll- und Salzhandel, im Mühlenwesen, der Maschinenweberei, Papierfabriken, Maschinenbau und Seeschifffahrt. Da nicht alle diese Unternehmungen glücklich verliefen, gehörte es zur Geschäftspraxis, unrentable Betriebszweige schnell wieder abzustossen. Neben der nicht einfachen Bewirtschaftung der keineswegs unerheblichen Staatsschulden erfüllte das Institut insofern auch wesentliche Aufgaben in der industriellen Entwicklung und es gelang darüberhinaus, jährlich namhafte Überschüsse (im Umfange von etwa 2 Promille der Netto Staatseinnahmen) an den Staatshaushalt fliessen zu lassen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass die Seehandlung seit 1810 über keinerlei Monopolrechte verfügte.

Über die Bedeutung der unternehmerischen Staatseinnahmen im Vergleich zum Schuldendienst informiert instruktiv die folgende Tabelle für das Jahr 1900.

	Bruttobedarf der Verzinsung	Überschüsse der sog. pri- vatwirt- schaftlichen Einnahmen	Weniger oder Mehr Nettobedarf der Verzinsung	Prozentverhält- nis zwischen Überschüssen u.d. Bruttobe- darf der Ver- zinsung (%)
	Mill.M.	Mill.M.	Mill.M.	
Deutsches Reich	77,700	72,833	+ 4,867	9,37
Preussen	272,751	623,045	- 350,294	228,40
Bayern	49,394	70,670	- 21,276	143,10
Würtbg.	20,204	26,481	- 6,277	131,10
Sachsen	35,260	50,088	- 14,828	141,80
Öst.-Ung.	214,281	-	+ 214,281	-
Öst.	129,672	106,804	+ 22,768	82,37
Ungarn	160,228	155,247	+ 4,981	96,89
Frkr.	1002,124	30,834	+ 971,290	3,08
Italien	471,277	82,460	+ 388,817	17,50
England	464,332	13,080	+ 451,252	2,82
Russland	590,661	482,614	+ 107,947	81,84

Quelle: Max von Heckel, "Staatsschulden". In: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena: Gustav Fischer, 1901, Band 6, S. 968.

Diese Zahlen belegen eindrücklich die Unterschiede im Finanzgebaren einzelner Länder, vor allem im Hinblick auf die privatunternehmerische Staatstätigkeit; dem entspricht folgerichtig die unterschiedliche Schwerpunktsetzung etwa bei Ricardo und Wagner.

Die unterschiedlichen Wirtschaftsstile, für die die Finanzwissenschaftler Wagner einerseits und Ricardo andererseits stehen, lassen sich noch an einem anderen Aspekt der Staatsschuldenproblematik demonstrieren. In seiner berühmten Äquivalenztheorie postuliert Ricardo, dass eine Zunahme der Staatsschuld auch zu einer Zunahme der erwarteten Steuerschuld führt und infolgedessen zu einer ebenso hohen Zunahme der privaten Ersparnisse, um die erwartete höhere Steuerschuld aufzu-

fangen.<sup>21</sup> Wagner ist demgegenüber der Auffassung, dass eine Zunahme der zu erwartenden Steuerschuld als Folge einer Erhöhung der Staatsschuld nicht ohne weiteres postuliert werden kann. Die Erwartungen hinsichtlich der Steuerschuld hängen vor allem davon ab, wie die durch die Schuldenaufnahme gewonnenen Mittel eingesetzt wurden. Das schliesst dann sicher die Möglichkeit ein, dass über den Kapitalmarkt finanzierte öffentliche Investitionen, die selbst wieder Erträge abwerfen, zu einer Senkung der erwarteten Steuerschuld führen können.

Unsere eigenen Berechnungen mit amerikanischen Daten haben gezeigt, dass die Wahrheit, wie so oft, etwa in der Mitte liegt. Eine Zunahme des Staatsvermögens um einen Dollar, die aus laufenden Staatsausgaben finanziert wird, führt zu einer Senkung der privaten Ersparnisse um siebenundfünfzig Cents.<sup>22</sup> Daraus können wir den Schluss ableiten, dass amerikanische Bürger erwarten, dass ungefähr die Hälfte der öffentlichen Investitionen produktiv vorgenommen werden, die andere Hälfte eher konsumptiven Charakter hat. Nur diese letzteren müssen durch Steuern aufgefangen werden.

#### Schlussfolgerung

Für mein eigenes Fach ziehe ich daraus den Schluss, dass es an uns liegt, gute Finanzwissenschaftler auszubilden, die in ihrer beruflichen Praxis willens und in der Lage sind, staatliche Gelder produktiv einzusetzen und mit Gewinn arbeiten zu lassen. Ein so der kameralistischen Tradition verpflichtetes öffentliches Ausgabeverhalten müsste zu der rationalen Erwartung führen, dass eine Steigung der öffentlichen Schuld zur Finanzierung öffentlicher Projekte eine Steuerlasterleichterung erlaubt, wenn und solange das öffentliche Investitionsverhalten darauf gerichtet ist, die Finanzkraft der öffentlichen Hand zu stärken.

---

21 Ricardo postuliert gleichzeitig auch die Non-Äquivalenztheorie, und lässt deren Gültigkeit von der Form abhängen, die die Steuer annimmt. Dieser Zusammenhang ist für das folgende nicht von Bedeutung und wird deshalb ausser Acht gelassen.

22 Vergleiche im einzelnen Jürgen Backhaus, Randall Holcombe, Asghar Zardkoohi, "Public Investments and its Effects on the Burden of the Public Debt", Southern Economic Journal, 54.1, 1987, S. 154-158.



Um ides nüzest sehen, doch nicht mag  
sie zu sammen, so d'iemer sie noch  
mehr.

**Herrn Christian Wolffs,**  
Königl. Schwed. Hochfürstl. Höflichen Regierungsraths, und Math. & Philos. Prof. Primarii in Marburg, Prof. honorarii in St. Petersburg, der Königl. Academie der Wissenschaften in Paris, ingleichen der Kön. Societät der Wissenschaften in Königl. Preuss. Societät der Wissenschaften Mitglieds,

Gefammelte

kleine philosophische

**Schriften,**

Sechster und letzter Theil,  
darinnen besonders die zur

**Staatsflugsheit**

und der damit verwandten

**Rechtsgelehrsamkeit**

gehörige Gründe enthalten,

Welche

aus dem Lateinischen übersezt,  
Auch mit nöthigen und nützlichen Anmerkungen versehen sind

von  
**G. F. H. Pr. der Ph. i. D.**

**Stellen, im Magdeburgischen, 1740.**

**Sie finden in der Koenigschen Buchhandl**